



**global news wb262.408 11-05-15:**

## **Steuer-Vorfahrt für Unternehmen und Vermögen**

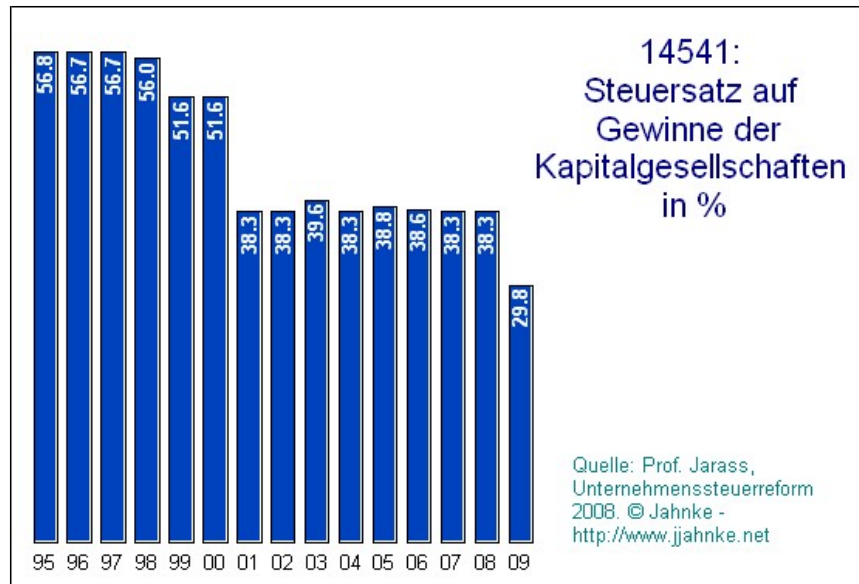
Durch immer weitere Absenkungen wurden die Unternehmenssteuern in den Keller getrieben. Daneben wuchern die Steueroasen, die den davon Gebrauch machenden Unternehmen weitgehende Steuerfreiheit verschaffen. Auch die Steuer auf Vermögen/Erbschaften ist in Deutschland besonders niedrig.

Unternehmenserben sind bisher völlig von der Erbschaftssteuer befreit, wenn sie das Unternehmen weiter führen. All dies trägt erheblich zu der sich in Deutschland ausbreitenden Ungleichheit bei.

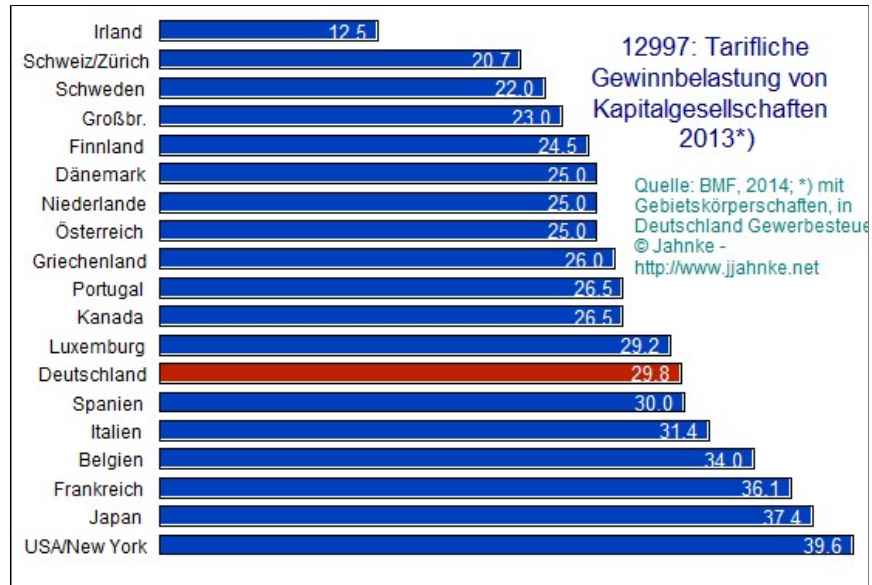
### **1. Unternehmenssteuern**

Wie in anderen Ländern wurden auch in Deutschland die Unternehmenssteuersätze immer weiter abgesenkt. Betrug der Steuersatz auf Gewinne der Kapitalgesellschaften

ursprünglich fast 57 %, so liegt er bereits seit 2009 bei nur noch knapp 30 % (einschließlich Gewerbesteuer, Abb. 14541).

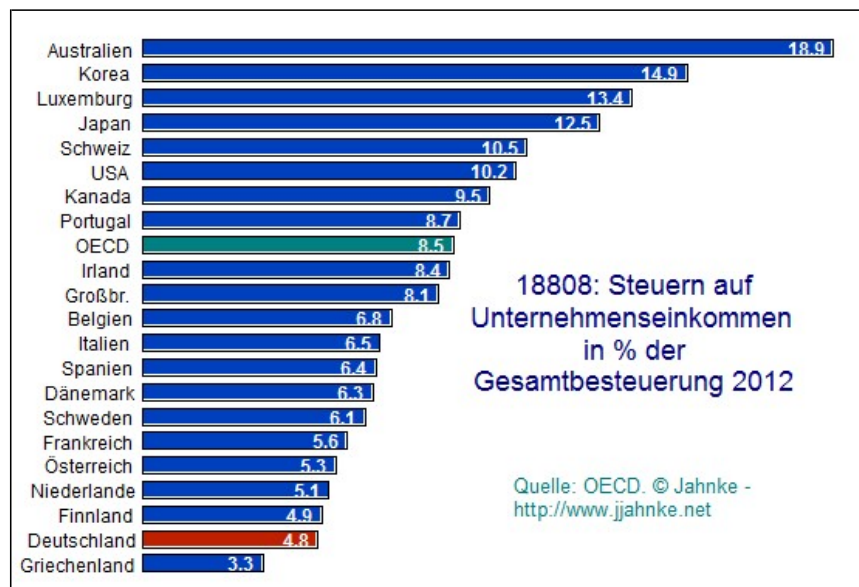
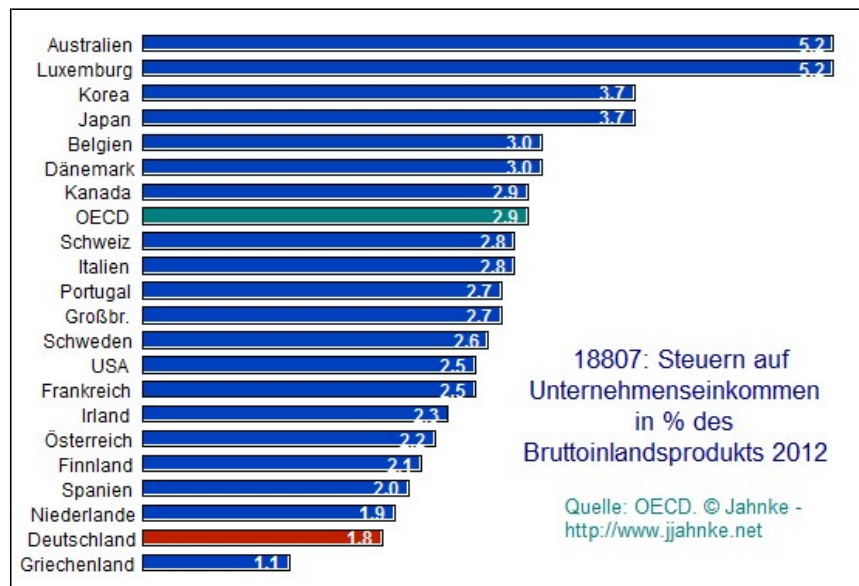


Der deutsche Steuersatz rangierte 2013 im oberen Mittelfeld des internationalen Vergleichsfeldes (ohne Osteuropa, Abb. 12997). Auch 2013 setzte sich der internationale Steuerwettbewerb nach unten fort: Schweden senkte von 26,3 % auf nur noch 22 %, Großbritannien von 24 % auf nur noch 23 % und Slowenien von 18 % auf gerade einmal 17 %.



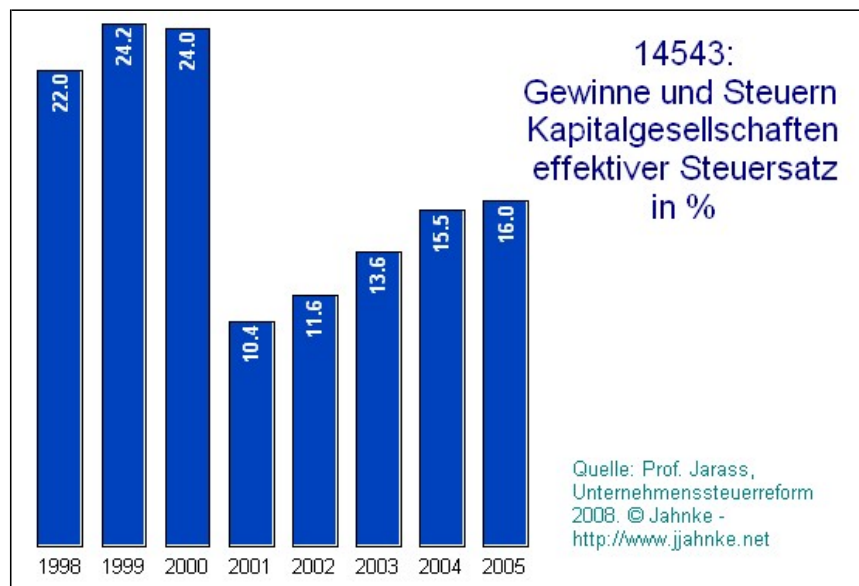
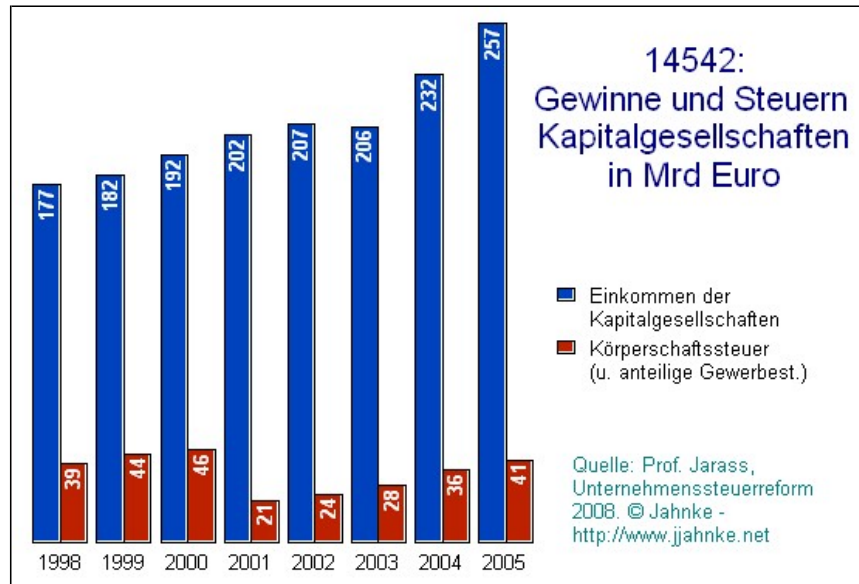
Doch tatsächlich hatte Deutschland 2012 mit nur 1,8 % den kleinsten Anteil der Einnahmen aus Unternehmenssteuern am BIP aller Vergleichsländer der OECD, wenn man vom Sonderfall Norwegen und von Griechenland absieht (Abb. 18807) und ebenso gemessen am Gesamtsteuereinkommen (Abb. 18808). Schon das deutet auf Lücken in der Erfassungsbasis hin. Z.B. können sich Unternehmen mit Fremdkapital finanzieren, das sie sich vom eigenen Konzern im Ausland leihen; die dafür fälligen Zinszahlungen können sie in Deutschland dann von ihren Steuern absetzen. Die Bundesregierung weist selbst darauf hin, daß bei Vergleichen der Steuersätze einige in

Deutschland geltende Regelungen, z.B. zur Verlustanrechnung, unberücksichtigt bleiben.



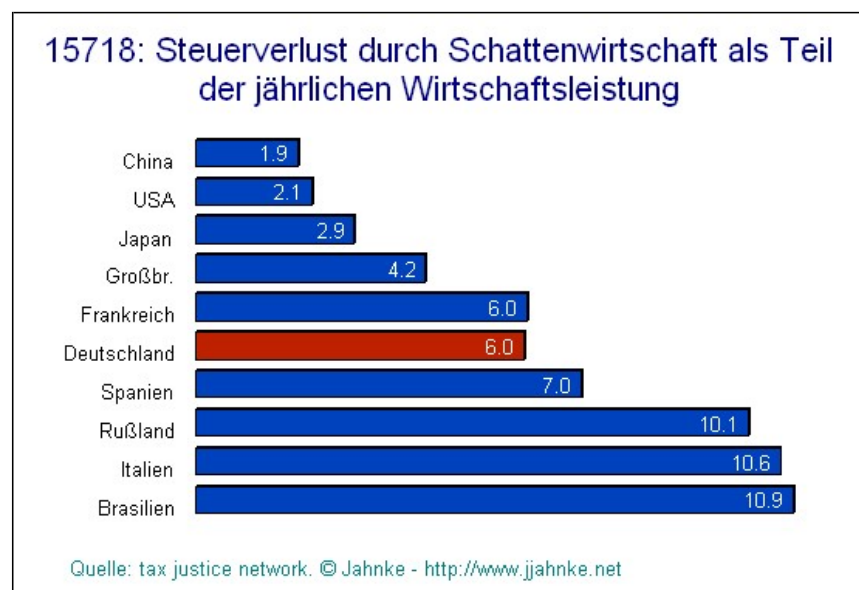
Der Wiesbadener Steuerexperte Prof. Jarass hat schon vor einigen Jahren auch die sehr viel

geringere effektive Steuerbelastung der deutschen Kapitalgesellschaften errechnet, wenn man die **tatsächlich gezahlten Steuern** mit den Gewinnen vergleicht (Abb. 14542, 14543).



## 2. Steueroasen

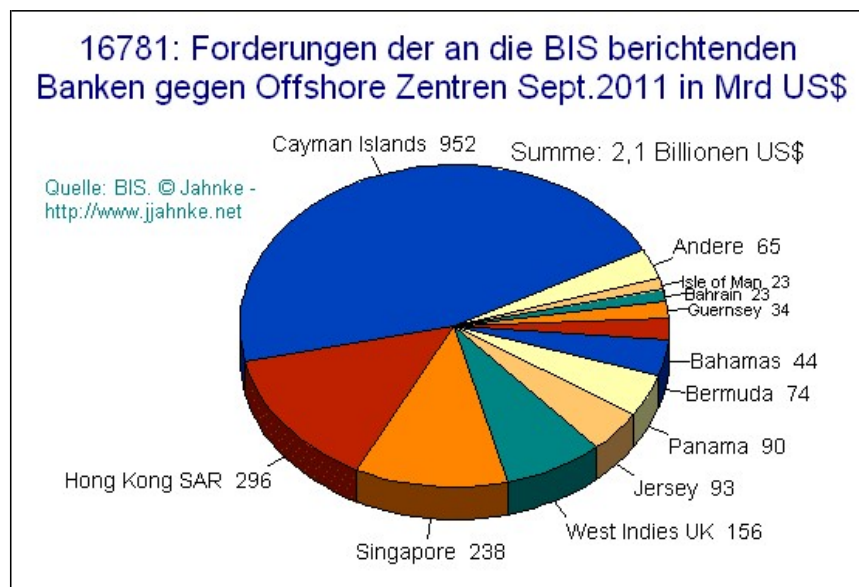
Nach Schätzung des "Tax Justice Network" gehen in Deutschland jährlich etwa 215 Mrd. Euro an Steuereinnahmen durch verschiedene Formen von Steuerflucht der gesamten Schattenwirtschaft (nicht nur in Steueroasen) verloren (Abb. 15718). Das wären 6 % der jährlichen Wirtschaftsleistung oder 38 % der jährlichen Steuereinnahmen. Man kann den Steuerausfall durch die Steueroasen selbst nur über den dicken Daumen schätzen. Dort lagen nach einer anderen Schätzung aus der gleichen Quelle 2012 zwischen 21 und 32 Billionen Dollar, fast das Zehnfache der jährlichen deutschen Wirtschaftsleistung. Ein nicht kleiner Anteil wird aus Deutschland kommen.



Allein für die Euro-Zone schätzt die Europäische Kommission den Steuerausfall auf über eine Billion Euro jährlich. Nach einer für die WDR-Sendung "Steuerfrei: Wie Konzerne Europas Kassen plündern" 2013 in Auftrag gegebenen Studie gelingt es vielen der 30 größten deutschen Aktiengesellschaften ebenfalls erfolgreich, ihre Steuerlast klein zu rechnen - mit Hilfe von Tausenden von Tochterunternehmen in Steueroasen. Beraten werden die Konzerne von den vier weltweit größten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Ganze Abteilungen dienen eigens dem Zweck, immer neue Steuerschlupflöcher zu finden. "Wir gestalten die Steuersparmodelle so, daß die Finanzbeamten sie kaum durchschauen können. Sie sind uns hoffnungslos unterlegen" berichtet eine ehemalige Mitarbeiterin. Zumeist werde den Konzernen sogar vorher mitgeteilt, was geprüft wird, berichtet ein Finanzbeamter.

Allein die ganz amtlich, wenn auch nur in anonymen Summen, an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich meldenden

Banken der Industrieländer haben Forderungen gegen Offshore Territorien im Volumen von 2,1 Billionen Dollar oder 120.000 Dollar pro jeden der 17 Mio. dortigen Einwohner. Für jeden der nur 55.000 Einwohner der Caymans Inseln, der größten Steueroase, sind es sogar 17 Mio. Dollar (Abb. 16781).



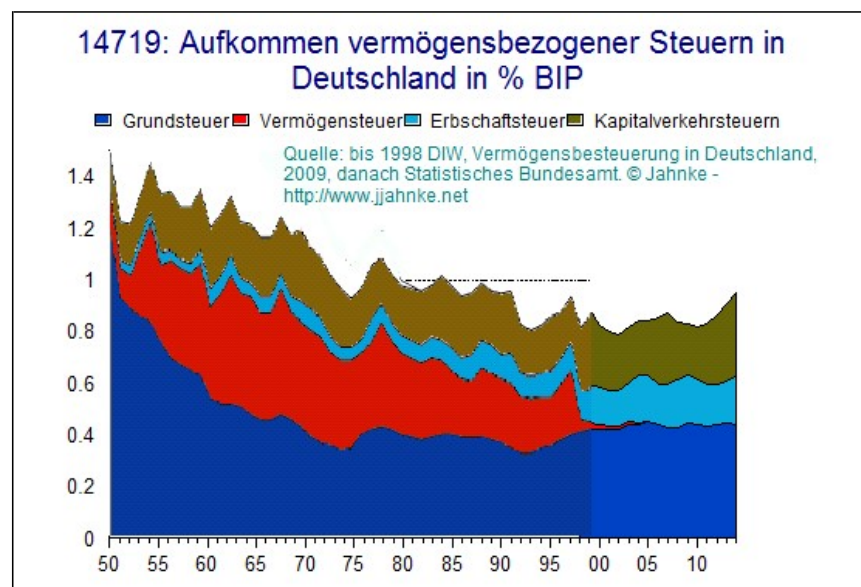
Bei Steueroasen denken normale Menschen immer an die Schweiz, Luxemburg und einige unabhängige karibische Inselstaaten. Tatsächlich aber sind Länder wie USA, Großbritannien und neuerdings zunehmend Singapur viel wichtigere Steueroasen für reiche Unternehmen und Einzelpersonen. Die beiden Haupt-Inselchen für Schutz vor Steuer und



Kontrolle sind wahrscheinlich Manhattan und London.

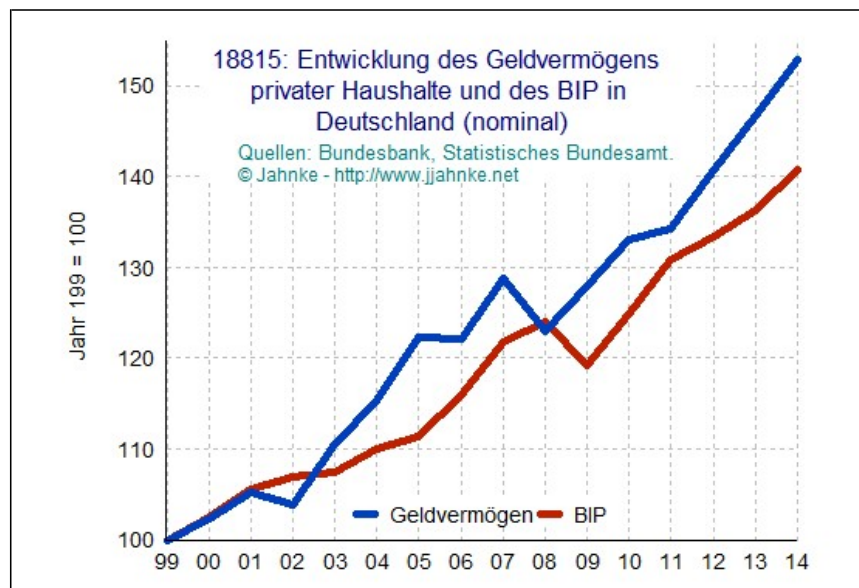
### 3. Vermögens- und Erbschaftssteuer

Die Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern, nämlich Grundsteuer, Erbschaftssteuer, Kapitalverkehrssteuer und der im Jahr 2000 aufgegebenen Vermögenssteuer, wurden immer weiter zurückgeführt (Abb. 14719).



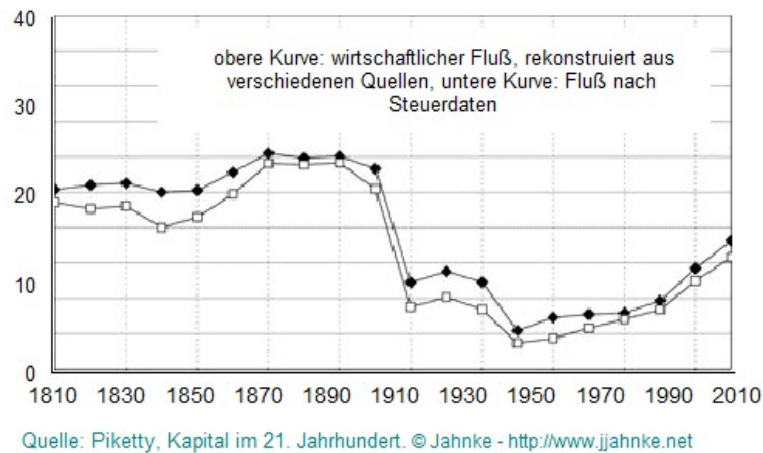
Mit dem Abtritt der ersten Nachkriegs-Wohlstandsgeneration wird nun immer mehr Vermögen vererbt und werden immer mehr Menschen durch Erbschaft statt durch eigene Leistung zu Wohlstand kommen. Seit einigen

Jahren steigt das Geldvermögen der privaten Haushalte deutlich stärker als die deutsche Wirtschaftsleistung insgesamt (Abb. 18815). Immer mehr wird vererbt oder - auch um die Erbschaftssteuer zu vermeiden - verschenkt. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamts erhöhte sich das in Deutschland geschenkte Vermögen seit Inkrafttreten des Erbschaftsteuerreformgesetzes im Jahr 2009 bis 2013 auf mehr als das Dreifache (ca. 40 Mrd. Euro), das geerbte Vermögen wuchs in diesem Zeitraum um rund 42 % (auf 31 Mrd. Euro). Die Gesamtsumme entspricht immerhin schon 9 % aller Nettolöhne und -gehälter in Deutschland. Durchschnittlich entfiel darauf eine Steuer von gerade einmal 8 %.



Der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty hat mit seinem aufsehen erregenden Buch "Kapital im 21. Jahrhundert", das die immer stärkere Kapitalakkumulation darstellt, auch auf die Bedeutung der Vererbung von Kapital, gerade in einer alternden Gesellschaft, wie der deutschen, aufmerksam gemacht. Er erwartet, daß die Vererbung von Kapital im 21. Jahrhundert bei der Entwicklung von Ungleichheit wieder so bedeutend sein wird, wie sie das im 19. Jahrhundert war. Diese Entwicklung werde von der sich abzeichnenden Wachstumsverlangsamung der Volkswirtschaften noch unterstützt. Piketty zeigt das u.a. am Beispiel Frankreichs, wo bereits seit 1990 das Volumen der Erbschaften gemessen am Volkseinkommen wieder stark wächst (Abb. 18814). Im Ergebnis seiner Studien fordert Piketty eine globale und progressive Reichtumssteuer.

### 18814: Jährliches Volumen an Erbschaften in Prozent des Volkseinkommens in Frankreich

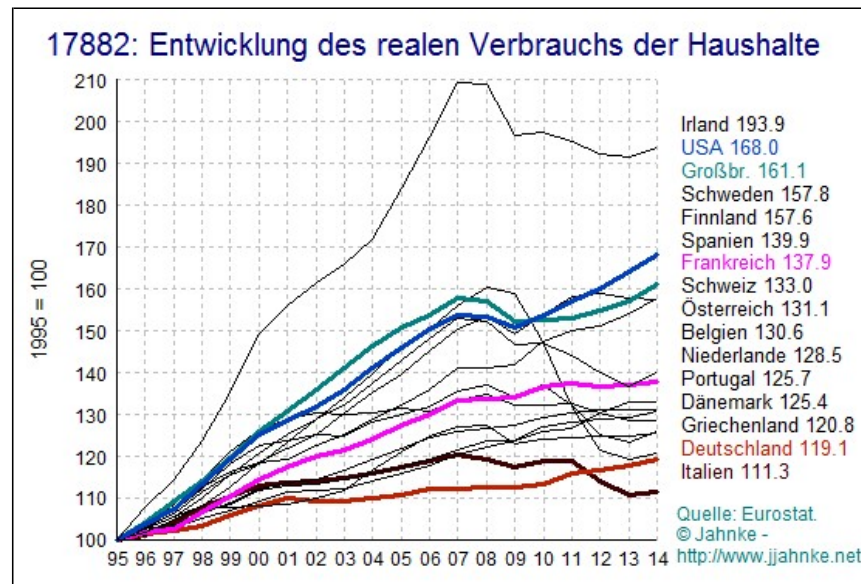


Die direkten Erben profitieren in Deutschland von relativ hohen Freibeträgen von 400.000 Euro pro Kind, verglichen mit 100.000 Euro in Frankreich, 16.000 Euro in Spanien und nur knapp 20.000 Euro in den Niederlanden, und auch von der Steuerbefreiung für Unternehmenserben, die es anderswo nicht gibt (andererseits ist Erben in Australien, Österreich, Kanada, Portugal und Schweden steuerfrei). So erbrachte die Erbschaftssteuer 2014 nur 0,9 % des gesamten deutschen Steueraufkommens. Nicht ganz zu Unrecht spricht Julia Friedrichs in ihrem neuen Buch "Wir Erben: Was Geld mit Menschen macht" von einer "Refeudalisierung" der deutschen

Gesellschaft durch immer mehr vererbtes statt direkt verdientes Vermögen. Anders als beispielsweise in den USA und in Großbritannien ist diese Entwicklung in Deutschland kaum ein Thema für öffentliche Diskussionen. Das Gerede der Politiker von den gleichen Startbedingungen oder Entwicklungschancen wird so immer mehr ausgehöhlt, zumal die deutsche Politik gleichzeitig massiv an der Bildung spart und auch von dieser Seite die Chancengleichheit absenkt.

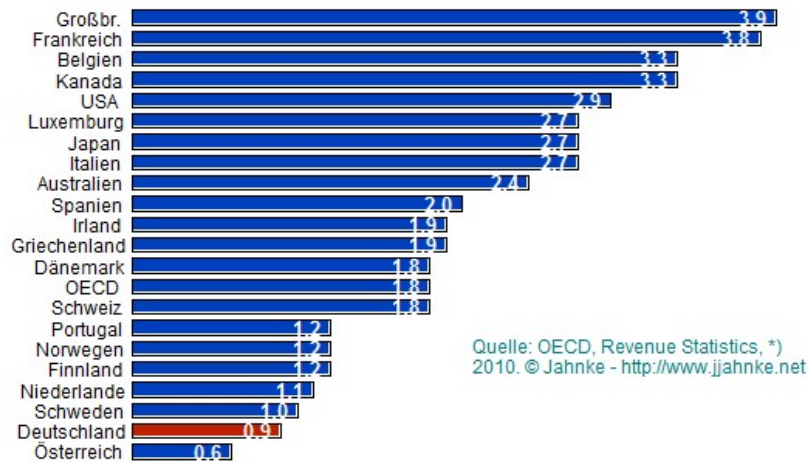
Die Bewegung zu immer mehr Vererbung wird zudem noch von einem überproportionalen Spartrieb bei denen, die sich Sparen leisten können, unterstützt. Nicht wenige sparen, um zu vererben, statt sich selbst ein gutes Leben zu gönnen. Auch dies ist eine sehr deutsche Eigenschaft. Der Spartrieb wird von der Unsicherheit der staatlichen Renten zusätzlich gefördert. So ist der Verbrauch privater Haushalte beim Sparmeister Deutschland seit 1995 über 19 Jahre bis 2014 verbraucherpreisbereinigt nur um 19 % gestiegen, also nur 0,9 % pro Jahr mehr,

während andere Länder viel größere Steigerungsraten verzeichneten, wie USA mit 68 %, Großbritannien mit 61 % oder Frankreich mit 38 % (Abb. 17882).

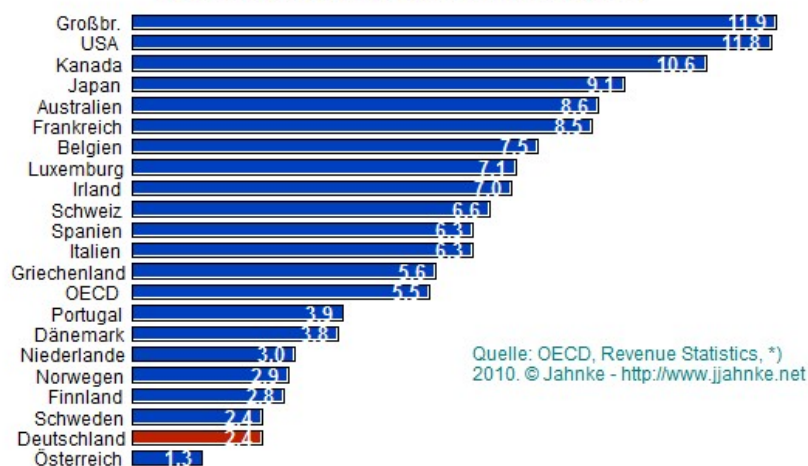


Es sollte daher nicht überraschen, daß Deutschland (zusammen mit Österreich) im internationalen Vergleich den niedrigsten Anteil von Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern gemessen am BIP und auch an den Gesamtsteuereinnahmen verzeichnet (Abb. 12464, 18809).

12464: Einnahmen aus Vermögens- u. Erbschaftssteuer  
% Bruttoinlandsprodukt 2012



18809: Einnahmen aus Vermögens- u. Erbschaftssteuer  
% Gesamtsteuereinnahmen 2012



Das niedrige Niveau an vermögensbezogenen Steuern beschleunigt die Entwicklung zu immer mehr Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland.

#### **4. Steuerbefreiung für Unternehmenserben**

Es ist eine ziemlich einsame deutsche Regelung: Unternehmenserben zahlen bisher keinerlei Erbschaftssteuer, wenn sie das Unternehmen weiterführen. Zu den befreiten Unternehmen rechnen sogar sogenannte "Cash-GmbHs", deren Vermögen ausschließlich aus Geldforderungen besteht, was zu einer steuerlichen Privilegierung von Geldvermögen in einem ausschließlich vermögensverwaltenden Unternehmen führt. Die generelle Befreiung von Unternehmenserben steht im Widerspruch zur Bedeutung der Erbschaftssteuer als eines der wenigen staatlichen Instrumente zur **Bekämpfung von Ungleichheiten in der Gesellschaft.**

Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht der Bundesregierung im Dezember 2014 **aufgegeben, die Befreiung einzuschränken und damit gerechter zu machen.** Nach Ansicht des Gerichts ist die Privilegierung betrieblichen **Vermögens unverhältnismäßig, soweit sie über den Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen hinausgreift, ohne eine Bedürfnisprüfung vorzusehen.** Die in der Entscheidung



entwickelten Maßgaben sollen dazu beitragen, daß Verschonungsregelungen nicht zur Anhäufung und Konzentration größter Vermögen in den Händen Weniger führen.

Finanzminister Schäuble strebt jetzt eine deutliche Ausweitung der Steuerpflicht von Unternehmenserben an. Sein Plan sieht vor, daß Erben künftig bereits ab einem Betriebsvermögen von 20 Millionen Euro nicht mehr pauschal von der Steuer verschont bleiben. Die Wirtschaft läuft dagegen Sturm. Auch aus Teilen der Union - besonders der CSU - kommt Kritik. Doch neuerdings versucht auch SPD-Chef Gabriel, ihn zu bremsen. Gabriel will die SPD angeblich auch auf diesem Wege vom Image der Steuererhöhungs-Partei befreien. So sagte er den "Stuttgarter Nachrichten":

"Noch ist nichts entschieden. Es ist mein Ziel, daß die Firmen nicht stärker belastet werden als bisher."

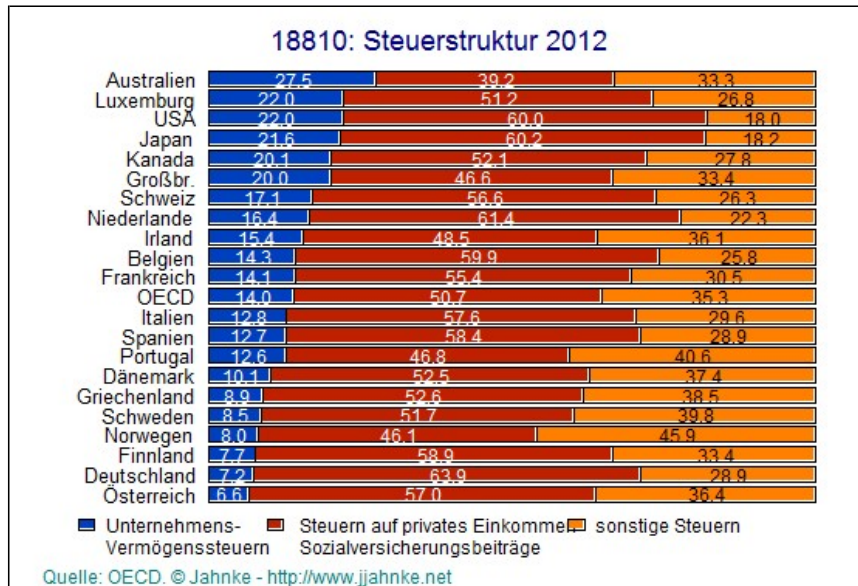
Gabriel hatte sich vor dem Gespräch mit der Zeitung mit führenden Familienunternehmern in Stuttgart getroffen. Dabei wurde der Zeitung

zufolge vereinbart, daß die "Stiftung Familienunternehmen" Gabriel ein Alternativkonzept vorlegen wird. Ein weiterer Vorstoß kommt vom baden-württembergischen SPD-Finanzministers Nils Schmid, der die Besteuerungsgrenze erst bei 100 Millionen Euro sehen möchte - ein Vorschlag, den Gabriel als "gut und überlegenswert" bezeichnete. Daß sich gerade die SPD der Unternehmenserben so annimmt, ist symptomatisch für diese Partei und ein besonderer Skandal.

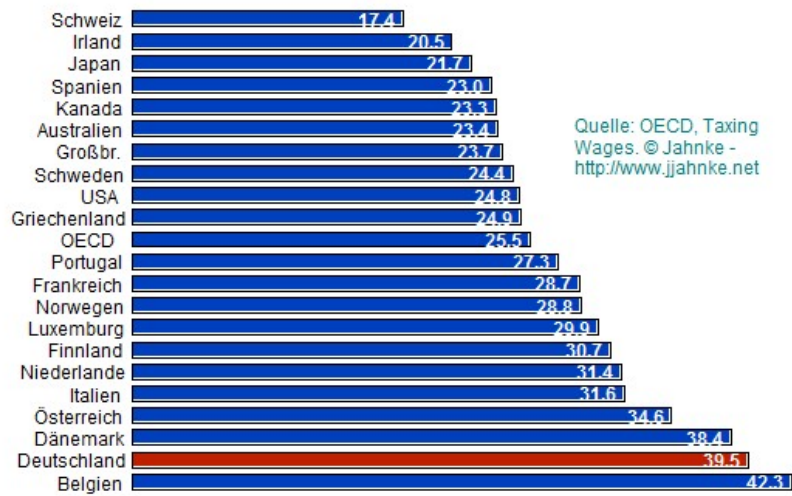
## **5. Die Steuerstruktur**

Deutschland hat neben Österreich den niedrigsten Anteil von Steuern auf Unternehmensgewinne und Vermögen. Auf der anderen Seite kommt Deutschland auf den höchsten Anteil von Steuern auf privates Einkommen und Sozialversicherungsbeiträge (Abb. 18810). So trägt in Deutschland eine Einzelperson ohne Kinder gemessen am Arbeitseinkommen eine relativ hohe Steuerlast (Abb. 18812), einschließlich Sozialversicherungsbeiträgen nach Belgien sogar die höchste, wozu auch die Altersstruktur

beiträgt (Abb. 18811). Hier zeigen sich die unsozialen Folgen der steuerlichen Großzügigkeit in der Behandlung von Unternehmensgewinnen und Vermögen.

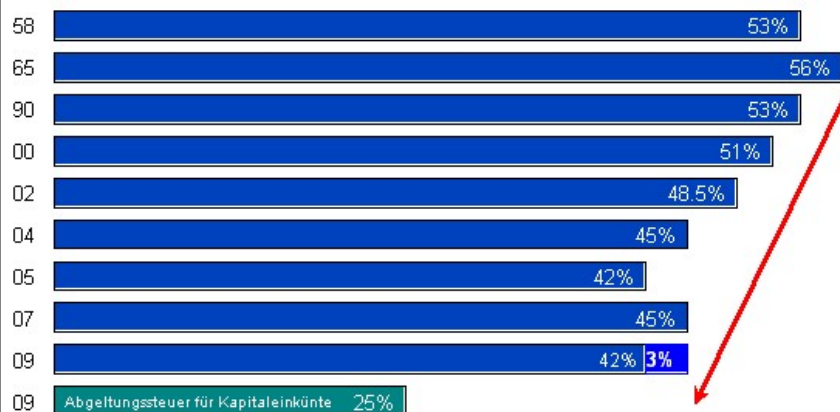


18811: Einkommenssteuer und Sozialversicherungsbeitrag einer Einzelperson ohne Kinder als % vom Arbeitseinkommen 2014



Dabei ist zu berücksichtigen: Auch die Einkommenssteuer wurde unsozial verändert, indem der Spitzensteuersatz von 56 % in mehreren Schritten auf nur noch 45 %, und bei Kapitalerträgen sogar auf 25 % immer weiter abgesenkt wurde (Abb. 14658).

14658: Deutscher Spitzensteuersatz mit Reichensteuer



Quelle: BMF. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

## **6. Fazit**

Das deutsche Steuersystem ist ungerecht und unsozial, vor allem wenn man es an dem der meisten Vergleichsländer mißt. Sowohl CDU- wie SPD-geführte Regierungen haben dazu beigetragen.

Unternehmen und Vermögende tragen über Gewinn- und Vermögenssteuern nur zu etwas über 7 % zum gesamten Einkommen an Steuern und Sozialabgaben bei. Dabei helfen niedrige Steuersätze, Steuerbefreiungen und viele Formen legaler oder illegaler Steuervermeidung. Abhängig Beschäftigte bekommen dagegen hohe Anteile ihres Arbeitseinkommens direkt an der Quelle durch Steuern und Sozialabgaben abgezogen. Bei einem alleinstehenden Durchschnittsverdiener rund 40 %. Trotzdem gibt es starke Kräfte, auch bei der SPD, die sich jeder Veränderung, z.B. bei der Steuerbefreiung für Unternehmenserben, in den Weg stellen.

---

Und hier noch einmal der Link zu einer einfachen [Mitteilung Ihres Interesses an diesem Wochenbrief](#). Ihre Meinung ist mir wichtig. Danke!

---